

**Rede von Michael Bach,
Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters,
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022
in der Ratssitzung am 28.10.2021**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Dornebeck,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr verehrte Gäste,
meine Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der Verwaltungsentwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2022. In einem normalen Jahr würde nun Herr Bürgermeister Werner Arndt einige erläuternde Worte äußern, bevor unserer Kämmerer, Herr Dinklage, Ihnen die konkreten Zahlen näher bringt. Lassen Sie es mich so formulieren: Nicht nur Corona hat dafür gesorgt, dass auch in 2021 nicht alles seinen gewohnten Gang ging. Auch unser Bürgermeister Werner Arndt, der sonst an dieser Stelle zu Ihnen spricht, hat uns alle mit seiner ungeplant langen Abwesenheit überrascht. Als sein allgemeiner Vertreter übernehme ich nun heute diesen Part und möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle bei Ihnen für den weit überwiegend fairen Umgang mit dieser für uns alle ungewohnten Situation bedanken.

Und ich möchte an dieser Stelle auch meinen ausdrücklichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung aussprechen, die die Bälle im Spiel gehalten und dafür gesorgt haben, dass viele Themen weiter vorangetrieben worden sind.

Nun aber zu unserem eigentlichen Tagesordnungspunkt: Die – vermeintlich – gute Nachricht gleich vorweg: Die Stadt Marl ist ab 2022 nicht mehr im Stärkungspakt. Das eröffnet uns die Möglichkeit, flexibler auf die anstehenden Herausforderungen zu reagieren. Dennoch – und an dieser Stelle muss ich leider schon Wasser in den Wein schütten – sollten aus Sicht der Verwaltung alle Ausgaben weiterhin sorgfältig abgewogen und nicht zuletzt aufgrund Corona-bedingter Belastungen gut überlegt werden, welche Projekte und Ideen priorisiert vorangetrieben werden und wo noch ein

wenig Zuwartem verträglich erscheint. Wir sollten das vor allem auch im Hinblick auf kommende Generationen beherzigen, die für die corona-bedingten Mehrbelastungen und zusätzliche Kreditaufnahmen aufkommen müssen.

Nach wie vor sind wir gehalten, der Kommunalaufsicht einen ausgeglichenen und damit genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Wie das für den Haushalt 2022 gelingen kann, wird Ihnen Herr Dinklage gleich erläutern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch das kommende Haushaltsjahr wird im Lichte der nun hoffentlich abklingenden Corona-Pandemie stehen.

Die in diesem Zusammenhang sehr wohl notwendigen und zum Teil deutlichen Einschränkungen haben zwar mit dazu beigetragen, das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen. Das führte aber auch dazu, dass die Unternehmen landauf landab Umsatzeinbrüche hinnehmen mussten, die natürlich in der Folge auch fallende Steuereinnahmen mit sich brachten. Dieser Kelch ist auch an Marl nicht vorübergegangen. Und es ist heute noch nicht absehbar, wann sich die Betriebe und Unternehmen in Marl nachhaltig erholt haben und wieder an die wirtschaftlichen Erfolge vor Corona anknüpfen werden.

Auch der Chemiepark Marl als größter Arbeitgeber im Stadtgebiet hat zum einen mit den coronabedingten Auswirkungen und dadurch entstandenen Lieferverzögerungen zu kämpfen. Zum anderen aber investiert der Chemiepark in eine nachhaltige Stärkung des Standortes. Das ist mittel- und langfristig gut für uns alle, wirkt sich aber dennoch zunächst einmal negativ auf die Stadtkasse aus.

Die Einnahmeverluste insbesondere aus der Gewerbesteuer bedeuten, dass wir sorgsam wirtschaften müssen, um halbwegs gut durch das vor uns liegende Jahr zu kommen. Dennoch: Auf dringend erforderliche Investitionen, um begonnene oder in den Startlöchern stehende Projekte weiter voranzutreiben, sollte nicht verzichtet werden. Dafür hat die Verwaltung mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf die Weichen gestellt.

Der Neubau der Goetheschule kann danach ebenso umgesetzt werden wie der Neubau der Rettungswache und die Sanierung des Rathauses, um nur einige der großen Einzelprojekte zu nennen. Zu einer lebens- und liebenswerten Stadt gehört auch eine gute Verkehrsinfrastruktur. Und wenn wir Mobilität nachhaltig und umweltfreundlich gestalten wollen, ist auch die Umsetzung unseres klimafreundlichen Mobilitätskonzeptes einschließlich der Maßnahmen aus dem Radentscheid weiter voranzutreiben.

Das gilt ebenso für die Fortsetzung der Instandhaltung und Sanierung der Schulgebäude. Das ist erforderlich, um zum einen die Funktionsfähigkeit der Gebäude sicherzustellen. Zum anderen hat die Digitalisierungsoffensive an den Schulen enorme Fahrt aufgenommen, so dass es weiter darum gehen muss, die dafür dringend erforderliche technische Infrastruktur bereitzustellen.

Für ein gutes Angebot an bürgernahen Dienstleistungen ist darüber hinaus von großer Bedeutung, die Sanierung unseres Rathauses zügig fortzuführen und diesen zentralen und gut erreichbaren Standort möglichst bald wieder in Betrieb zu nehmen. Die Baumaßnahmen schreiten zügig voran, und das sollte auch so bleiben, damit der Zeitplan für den Rückzug unserer Verwaltung in das denkmalschützte Gebäude eingehalten werden kann. Eine zukunftsfähige Stadt benötigt eine moderne Stadtverwaltung, die in zeitgemäßen Räumlichkeiten und mit einer am Stand der Technik orientierten Ausstattung ihre Bürgerinnen und Bürger effektiv unterstützt.

Nicht zuletzt haben Sie, liebe Ratsmitglieder, die Weichen dafür gestellt, dass die Kultur in unserer Stadt mit dem künftigen Erlebnis- und Begegnungsort Marschall 66 neue und vielversprechende Perspektiven erhält. Auch dies ist in der Ihnen vorliegenden Haushaltsplanung berücksichtigt.

Diese und viele weitere Projekte haben ihren Ursprung in Ratsbeschlüssen, in Beschlüssen, die die Zukunft unserer Stadt gestalten und dazu beitragen, dass sich Marl als lebens- und liebenswerte Stadt kontinuierlich weiterentwickelt. All diese Projekte binden aber im kommenden Jahr auch Ressourcen, was weitergehende Gestaltungsspielräume einschränkt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich an dieser Stelle noch auf den Stellenplanentwurf für 2022 eingehen. Er weist gegenüber dem Stellenplan aus dem Vorjahr ein Saldo von 11,51 Stellen mehr aus, vorwiegend im Bereich Beschaffungs- und Finanzwesen, im Ordnungsamt in Bezug auf die weitere Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes sowie im Sozialamt für das Kommunale Integrationsmanagement und im Jugendamt für das Zuschusswesen. Stellenausweitungen erfolgen dabei weitestgehend kostenneutral mit bestehenden Gegenfinanzierungen (etwa durch Fördermittel, KiBiz oder wie im Bereich des Jobcenters durch Budgetvereinbarungen mit der Kreisverwaltung) oder durch Kompensation entstehender Personalmehraufwendungen. Die konkreten Auswirkungen dieser Stellenneueinrichtungen und Stellenverzichte auf die Personalausgaben sind in der Sitzungsvorlage zur Einbringung des Stellenplanentwurfes 2022 beschrieben, so dass ich auf eine Erläuterung an dieser Stelle verzichten kann. Das gilt auch für die planmäßig verlaufende Umsetzung der vom Rat beschlossenen Maßnahmen 1 und 1a zur Senkung der Personalausgaben, die wir in der Einbringungsvorlage für den Stellenplanentwurf 2022 im Detail dargestellt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Blick auf die Stellensalden allein ergibt keine ausreichende Grundlage für die Beurteilung der Personalausgabenentwicklung. Hier sind weitere Faktoren maßgeblich, die im Rahmen der Controllingberichte detailliert dargestellt werden. Stellenneueinrichtungen und andere personalwirtschaftliche Maßnahmen erfolgten in den vergangenen Jahren stets unter den engen Voraussetzungen des § 82 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. In diesem Rahmen darf die Gemeinde ausschließlich Aufwendungen entstehen lassen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Personalmehraufwendungen sowohl für Pflichtaufgaben als auch für freiwillige Aufgaben sind kompensationspflichtig. Auch nach Auslaufen des Stärkungspaktes zum Jahresende 2021 beabsichtigt die Verwaltung, an der bisher geübten strikten Ausgabendisziplin festzuhalten.

Losgelöst von den nackten Zahlen lassen Sie mich bitte eines feststellen. Eine lebenswerte Stadt lebt auch von der Servicequalität der öffentlichen Verwaltung.

In den vorangegangenen Jahren kam es durch den restriktiven Personaleinsatz und zusätzliche Anforderungen in vielen Bereichen zu einer Aufgabenverdichtung, die das Personal der Stadtverwaltung belastet. Schon heute ist, auch durch diverse Gesetzesentwürfe, absehbar, dass auch in den kommenden Jahren weitere Aufgaben in die Hände der Kommunen gelegt werden, Aufgaben, die sinnvoll und richtig sind, aber eben auch zusätzliche Ressourcen benötigen. Vor diesem Hintergrund werden, trotz des Festhaltens an der Ausgabendisziplin, auch zukünftig mit Augenmaß innerhalb der engen Spielräume Stellen neu eingerichtet, um dort Entlastung zu schaffen, wo es notwendig ist. Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wertvollste Gut unserer Verwaltung, das wir nicht unbegrenzt strapazieren können und dürfen.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

in den vergangenen Jahren haben Verwaltung und Politik in einem gemeinsamen Kraftakt viele Einsparmaßnahmen umgesetzt, um die Vorgaben des Stärkungspaktes zu erfüllen. Das ist gelungen, weil es trotz unterschiedlicher Auffassungen immer einen konstruktiven Austausch gab, der am Ende in einen mehrheitsfähigen Kompromiss mündete.

Das kommende Haushaltsjahr stellt Sie erneut vor die Herausforderung, einen tragfähigen und nachhaltigen Weg zu finden, wie ein Haushaltsausgleich erreicht werden kann.

Ich gehe davon aus, dass die gute Tradition des konstruktiven Diskurses auch in diesem Jahr das Leitmotiv für die nun anstehenden Haushaltsberatungen ist und wünsche Ihnen gutes Gelingen.

Und nun möchte ich gern an unseren Kämmerer, Herrn Dinklage übergeben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.